Morgen-Ausgabe Nr. 603 Sonnabend, 24. Dezember 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei tägl. zweimal. Zustellg. frei Haus monatl. RM. 3,80; Postbez. RM. 3,80 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellgeb.) bei 7× wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachs. mit Abendausgabe 15 Rpf., Sudetenland 10 Rpf.

Druck u. Verlag: Kiepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25251. Postscheckkonto 1005 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Offengeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Italienisches Schreiben an François-Poncet

Die gegenwärtige Lage in der Tunis-Frage klargestellt

Berlin, 23. Dezember.

Nach einer amtlichen Verlautbarung der Agentur Stefani hat die italienische Regierung durch Graf Ciano am 17. d. M. an den französischen Botschafter in Rom, François-Poncet, einen Brief gerichtet, in dem erklärt wird, daß Italien die italienisch-französischen Abmachungen vom 17. Januar 1935 als nicht in Kraft befindlich betrachte.

Frankreichs Antwort auf das Schreiben des italienischen Außenministers Graf Ciano an den französischen Botschafter wird zur Zeit im Quai d'Orsay vorbereitet. Die französische Presse ist der Meinung, daß die Pariser Erwiderung an Rom die italienische Ansicht über den Lavalpakt als unzutreffend bezeichnen und daß sie weiter betonen wird, daß der Quai d'Orsay territoriale Ansprüche Italiens in französischen Gebieten nicht anerkennen könne. Man glaubt, daß die französische Antwortnote im besonderen auf die Tischrede Bezug nehmen wird, die im Januar 1935 bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Duce und Laval ausgetauscht worden ist, und nach der, nach französischer Auffassung, Italien mit Frankreich dahin übereinstimmte, daß nunmehr die italienischen Ansprüche aus dem Vertrag von 1915 befriedigt seien. Im Rahmen der Grenzen des Abkommens von 1935 aber wolle Paris, so soll es weiter in der französischen Antwortnote heißen, mit sich reden lassen. Im übrigen aber könne nach französischer Meinung nunmehr irgendein Verhandlungsobjekt territorialer Art in Afrika zwischen Paris und Rom in keiner Weise mehr bestehen. Neu, d. h. über die „Zugeständnisse" des Laval-Abkommens hinausgehend, soll in der französischen Antwortnote an Italien nur das Angebot sein, im Hafen von Dschibuti den Italienern eine Freizone zu eröffnen!

Alle diese Angaben der französischen Zeitungen über die bevorstehende Antwort von Paris deuten darauf hin, daß Frankreich nach wie vor sich unnachgiebig zeigt.

Daß Italien nun mit einer genauen Darlegung seiner Ansprüche bei gegebner Gelegenheit vor die Oeffentlichkeit treten wird, geht aus den Darlegungen der heutigen italienischen Blätter hervor. Die italienische Presse begründet im einzelnen — wie es auch in dem umfangreichen Schreiben des Grafen Ciano an den französischen Botschafter geschehen sein soll — die italienischen Ansprüche auf den Londoner Vertrag vom 26. April 1915, sowohl in juristischer wie in politischer Hinsicht. „Tribuna" sagt klipp und klar, daß der Londoner Vertrag erfüllt werden muß „im Ausmaß der Notwendigkeiten des imperialen Italiens vom Jahre 17 faschistischer Zeitrechnung". Nach römischer Meinung ist das Laval-Abkommen juristisch deshalb unhaltbar, weil Frankreich weder die Ratifizierung vornahm, noch überhaupt in eine Erörterung über die weiter geplanten Sonderabkommen eingetreten ist. Politisch sei nach italienischer Auffassung das Abkommen deshalb überholt, weil Paris mit seiner Sanktionspolitik, die gegen Italien gerichtet war, jeden Geist dieses Akkords vom Jahre 1935 verletzte. Es muß also, wie Ganda betont, das italienisch-französische Verhältnis noch einmal von Anfang an in Angriff genommen werden.

Italienisch-französische Sportveranstaltung abgesagt

Rom, 23. Dezember.

Das italienische Olympische Komitee, das für alle internationalen Sportveranstaltungen zuständig ist, an denen Italien teilnimmt, hat der italienischen Rugbymannschaft die Austragung des italienisch-französischen Freundschaftskampfes untersagt. Dieses Treffen sollte am Sonntag in Perpignan als erstes der Trainingsspiele für den Länderkampf mit Deutschland stattfinden. In unterrichteten italienischen Sportkreisen wird das Verbot mit der Möglichkeit antiitalienischer Kundgebungen begründet.

Die Linie Algier–Marseille

Seit Italien seine Rechte, die Rechte des Hausherren im Mittelmeer, geltend gemacht, Mussolini die Apenninenhalbinsel als „ein aus dem Mittelmeer sich erhebendes Land" gekennzeichnet hat, ist dieser Raum, wie kein anderer, ein latenter Spannungsherd der europäischen Politik geworden. Sicher, die Interessen Englands und Italiens, des britischen Weltreichs, dem das Mittelmeer eine lebenswichtige Schlagader bedeutet und des römischen Imperiums, für das das Mittelmeer schlechthin das Leben ist, sind jetzt aufeinander abgestimmt. Die Inkraftsetzung der Osterverträge hat zwischen den italienischen und englischen Interessen eine reinliche Scheidung herbeigeführt. Und der bevorstehende Besuch Chamberlains beim Duce wird, wenn an seinem Ende vielleicht auch keine konkreten Abmachungen stehen werden, doch dazu beitragen, den jetzt beschrittenen Weg der Entspannung weiter auszubauen. — Ein seit langem unter der Oberfläche schwelendes Feuer hat sich jetzt aber im westlichen Becken erneut Bahn gebrochen. Politische Taktik hatte es für einige Jahre mit einer Aschendecke zuschütten können. Die Rufe „Tunis!" „Djibuti!", die kürzlich in Italien laut wurden und in Paris so unangenehm in den Ohren klangen, haben die Aschendecke weggefegt und die Flammen wieder aufflackern lassen. Italien präsentiert jetzt Frankreich seinen Wunschzettel.

Wie sehr die einzelnen Wünsche berechtigt sind, haben wir erst kürzlich in einem Artikel klargelegt. Tunis und Djibuti sind die hervorspringenden Punkte der italienischen Forderung. Wesentlich aber ist die Tatsache, daß Italien in dieser Zeit, wo die Nationen für die natürlichen Rechte ihrer Angehörigen kämpfen, der Französierung der in Tunis lebenden Italiener nicht tatenlos zusehen kann. In Paris (aber auch in London) hub seinerzeit ob dieser Rufe ein mächtiges Rauschen im Blätterwald an; und statt den Weg der diplomatischen Klärung dieser schwebenden Fragen einzuschlagen, hielt der französische Außenminister es für richtiger, diese Zurufe mit Worten zu parieren, die alles andere als geeignet sind, einen Ausgleich herbeizuführen. Frankreich werde, so sagte M. Bonnet, nie einwilligen, auch nur einen Fußbreit seines Territoriums an Italien abzutreten, und jeder Versuch, einen solchen Anspruch zu verwirklichen, würde zu einem bewaffneten Konflikt führen. Das sind, wenn auch nicht immer in so scharfer Form, sattsam bekannte Worte derer, die sich der Dynamik der jungen Völker entgegenstemmen und mit allen Mitteln den Status quo aufrechtzuerhalten suchen. Mussolini denkt aber nicht daran, die Fragen (die allerdings eine Lösung erheischen), zu dramatisieren. Mit Verwunderung ist die Rede des Duce bei der Einweihung der sardinischen Kohlenstadt Carbonia in Paris zur Kenntnis genommen worden. Eine Rede, die nur an das italienische Volk gerichtet zu sein schien. Noch heute hat in englischen und französischen Zeitungen das Orakeln nicht aufgehört über die verwunderliche Tatsache, daß der Duce keine Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen genommen hat.

Weshalb, fragt man sich, in Frankreich diese Nervosität? Frankreich hat seine Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn, Deutschland, ins reine gebracht. An die Stelle des Unsicherheitsfaktors Ostgrenze ist das deutsch-französische Abkommen mit der Anerkennung der gegenseitigen Grenzen getreten. Die kontinentale Politik Frankreichs ist konsolidiert. Der schon während der Septemberkrise laut gewordene Ruf, die Hände aus dem mitteleuropäischen Spiel zu lassen (Tschecho-Slowakei!) und das Augenmerk auf das Kolonialreich zu richten, ist jetzt wieder aufgegriffen. Mehr denn je stoßen die Kräfte Frankreichs ins Mittelmeerbecken vor, ist man auf eine Sicherung des Kolonialbesitzes bedacht. Dabei ist es interessant, festzustellen, wie diese Bestrebungen auf eine durchaus militärische Zweckmäßigkeit gerichtet sind.

Die nordafrikanischen Kolonien waren schon seit jeher äußerst ergiebige Rekrutierungsgebiete für das französische Heer, das seinen Bestand an Mannschaften aus dem Mutterlande allein aufzufüllen nicht in der Lage ist. 600 000 Mann farbige Truppen standen während des Weltkrieges an den französischen Fronten! Marokko und Algerien sind gesicherter französischer Kolonialbesitz; aber die kürzeste Verbindung von Nordafrika zum Mutterland, Algier—Marseille, will dem französischen Generalstab heute nicht mehr als die sicherste scheinen. Immer schon hat in den französischen Mobilisationsplänen der Transport farbiger Truppen nach Frankreich einen großen Raum eingenommen. 1936 ist der Admiralstabschef Darlan mit Untersuchungen beauftragt worden, in welchem Umfange und mit welcher Sicherheit sich der Transport von Truppen auf dem Atlantik-Wege durchführen lasse. Dieses Problem ist für Frankreich heute, nach der Neuordnung der Kräfte im Mittelmeerbecken, eins der brennendsten geworden. Die vor geraumer Zeit angekündigte Reise des Generalstabschefs Gamelin und eben desselben Chefs des Admiralstabes Darlan steht in engstem Zusammenhang mit der Frage der Transportsicherung farbiger Truppen zum Mutterland. Diese von Frankreich im Mittelmeerraum betriebene durchaus militärische Politik übt auch einen bestimmenden Einfluß auf die Haltung in

Wieder ein Angriff aus Amerika gegen Deutschland

Neuyork, 23. Dezember.

In den USA scheint man sich immer mehr auf das Thema von Hetzreden gegen die autoritär regierten Staaten, insbesondere Deutschland zu legen. Ohne irgendeinen ersichtlichen Anlaß hat jetzt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senates, Senator Pittman, eine Erklärung abgegeben, die folgenden Wortlaut hat:

1. Das USA-Volk schätzt nicht die Regierung Japans.
2. Das USA-Volk schätzt nicht die Regierung Deutschlands.
3. Das USA-Volk ist meines Erachtens gegen jede Form der diktatorischen Regierung, ob kommunistisch oder faschistisch.
4. Das USA-Volk hat das Recht und die Macht, die Sittlichkeit und Gerechtigkeit in Uebereinstimmung mit den Friedensverträgen zu erzwingen und wird dies tun. Unsere Regierung braucht und wird keine militärische Gewalt anwenden, falls es notwendig ist.

Am Schluß dieser durch nichts gerechtfertigten Aeußerungen erklärte Pittman, in privater Eigenschaft und im Interesse des amerikanischen Volkes gesprochen zu haben.

•

Die Pittman-Erklärung ist ein erneuter Beweis dafür, wie planmäßig die jüdisch-bolschewistischen Kreise in USA vorgehen, um die amerikanische Bevölkerung in einen Zustand dauernder Gegnerschaft, wenn nicht Feindschaft, gegen Japan, Italien und Deutschland hineinzuhetzen. Nachdem diesen Kriegshetzern soeben erst in Lima auf der panamerikanischen Konferenz eine deutliche Abfuhr erteilt worden ist, versuchen sie nun, alle ihnen erreichbaren Personen des amerikanischen politischen Lebens als Propagandisten ihrer Hetze zu gewinnen und zu gebrauchen. Daß ihnen dies beispielsweise bei Pittman sehr gut gelungen ist, geht aus obiger Erklärung hervor, mit der wir uns bei anderer Gelegenheit noch beschäftigen werden. Pittman zeigt sich jedenfalls der jüdisch-marxistischen Klique ebenso hörig, wie der sattsam bekannte USA-Innenminister Ickes, dessen Beschäftigung nur noch in Hetzreden gegen Deutschland zu bestehen scheint, in Reden, die ihm keine höhere Stelle verbietet, weil er sie angeblich als Privatmann gehalten habe.

Neuerdings hört man von diesem amerikanischen Innenminister auch, daß er eifrigster Förderer der Civil Liberty Union war und ist, einer Organisation, die zwar mit liberalistischem Aushängeschild sich zeigt, in Wirklichkeit aber bolschewistisch durch und durch ist und sich in ihrer Propaganda nur im Tone, aber keineswegs im Inhalt, von der Aktion der Kommunistischen Partei unterscheidet.

Ist es das Ziel dieser Kreise — so muß man fragen — einen Abbruch der Beziehungen zwischen USA und Deutschland zu erreichen? Wenn man ihre einzelnen Schritte betrachtet, ihre Wünsche und Sehnsüchte gehört und gelesen hat, dann kann man allerdings nur annehmen, daß ihnen allein darum zu tun ist, die diplomatische Brücke zwischen Washington und Berlin zu zerstören. Geschehen diese Versuche aber — so wird man weiter fragen müssen — mit Einverständnis des ganzen amerikanischen Volkes? Wir glauben nicht, daß die anständigen Teile der amerikanischen Bevölkerung das frivole Spiel dieser jüdisch-bolschewistischen Gangster billigen. Wir glauben sogar, daß sie sich aufs schärfste gegen diese Kriegshetze verwahren. Ihre Stimme kann leider nur in seltenen Fällen durch den jüdischen Blätterwald von USA durchdringen. Wir jedenfalls sehen den weiteren politischen Giftmischereien dieser Kreise mit aller Ruhe entgegen. Wiederholt hat Deutschland zu erkennen gegeben, daß es mit USA in Frieden zu leben wünscht, zumal keinerlei friedensstörender Anlaß gerade zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vorhanden ist. Friedensbereitschaft aber mit Schwäche zu verwechseln, das würde den jüdischen Hetzern in USA nur eine neue unangenehme Enttäuschung bringen.

Rudolf Heß spricht Heiligabend um 21 Uhr

Ankündigung einer Ehrung der deutschen Mütter

Berlin, 23. Dezember.

Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, spricht, wie wir bereits berichteten, am Heiligen Abend von 21 bis 21.20 Uhr über den Reichsrundfunk zu den Deutschen in aller Welt.

Der Stellvertreter des Führers wird im Rahmen seiner Weihnachtsansprache eine besondere Ehrung der deutschen Mütter ankündigen.

Weihnachtsverkehr mit Verspätungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Dezember.

In Berlin wie überall im Reich hat ein sehr großer Weihnachtsverkehr eingesetzt, der weit über das Maß der früheren Jahre hinausgeht. Die Reichsbahn sieht sich vor eine sehr große Aufgabe gestellt, deren Bewältigung durch Frost und Schnee erheblich erschwert ist. So sind am Donnerstag und Freitag die Züge aus Mitteldeutschland und Süddeutschland mit sehr großen Verspätungen eingetroffen. Vereinzelt müssen Verspätungen von mehreren Stunden, sogar bis sieben Stunden, in Kauf genommen werden. Auch die abfahrenden Züge konnten infolgedessen die fahrplanmäßige Zeit nicht immer einhalten. Die Reichsbahn hat alle Mittel eingesetzt, um den Verkehr wieder normal zu gestalten und rechnet mit einer baldigen Besserung der Verkehrslage.

Präsident Dr. Syrup Staatssekretär. Auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers Franz Seldte ist durch Erlaß des Führers und Reichskanzlers der Präsident der Reichsanstalt, Geheimer Regierungsrat Dr. Syrup, zum Staatssekretär ernannt und in das Reichsarbeitsministerium als zweiter Staatssekretär einberufen worden.